

Niederschrift über die Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 16.09.2008

Tagungsort: Nowgorod-Raum, Altes Rathaus, Erdgeschoss
Beginn: 16:00 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 16:40 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Petra Brinkmann
Frau Sybille Hülsmann-Pröbsting
Herr Marcus Kleinkes
Herr Rolf Krieg
Herr Andreas Rüther, Vorsitzender

SPD

Herr Gerd Kranzmann, stellv. Vorsitzender
Herr Hans-Werner Pläßmann
Herr Nicolas Tsapos
Frau Frauke Viehmeister
Herr Heinz-Joachim Weber

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Matthias Bolte
Frau Dr. Ingetraud Schulze

BfB

Herr Gerd-Peter Grün

FDP

Herr Harald Buschmann

Beratende Mitglieder

Herr Dirk Hanneforth
Herr Günter Kunert
Frau Anne Röder

Vom Stadtsportbund

Herr Zimmer

Von der Verwaltung

Herr Stadtkämmerer Löseke
Herr Müller
Frau Schönemann
Herr Stein (Geschäftsführer / Schriftführer Schule)
Herr Bockermann
Frau Feldmann (Schriftführerin Sport)

Öffentliche Sitzung:

A. Sport

Zu Punkt A 7 **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung Sport des Schul- und Sportausschusses am 19.08.2008 – Nr. 40/2008**

Beschluss:

„Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung Sport des Schul- und Sportausschusses vom 19.08.2008 wird genehmigt.“

- einstimmig -

Zu Punkt A 8 **Mitteilungen**

Herr Bockermann berichtet, dass in Ausführung des Ratsbeschlusses vom 11.09.2008 nunmehr alle erforderlichen Unterlagen für die Bewerbung als Spielort zur Frauen-Fußball-Weltmeisterschaft 2011 auf den Weg gebracht worden sind. Die Entscheidung über die Bewerbung wird am 30.09.2008 fallen.

Zu Punkt A 9 **Anfragen**

Keine.

Zu Punkt A 10 **Anträge**

Zu Punkt A 10.1 **Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.09.2008** Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5797/2004-2009

Herr Bolte erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der aus dem Vortrag der Sportjugend in der letzten Sitzung zum Projekt „Schwer mobil“ resultiert. Dort ist deutlich geworden, dass es gerade für Kinder aus Familien, die finanziell nicht so gut gestellt sind, schwierig ist, das Angebot wahrzunehmen, weil die Finanzierung durch die Krankenkasse noch nicht geklärt ist. Aus diesem Grund ist es wünschenswert, einen städtischen Fonds einzurichten, der in diesen Fällen die Vorfinanzierung gewährleistet und somit den Kindern eine Teilnahme ermöglicht.

Herr Bolte stellt klar, dass der geplante Fonds nicht als Konkurrenzangebot zum Bielefelder Kinderfonds der Stiftung Solidarität gedacht ist, sondern ergänzend wirken soll.

Beschluss:

1. Der Schul- und Sportausschuss ist entschlossen, einen Beitrag zur stärkeren Förderung von Bewegung, Sport und gesunder Ernährung für Bielefelder Kinder und Jugendliche zu leisten.
2. Um die Beteiligung aller Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrem finanziellen Hintergrund an solchen Förderangeboten zu gewährleisten, beauftragt der Schul- und Sportausschuss die Verwaltung, die Rahmenbedingungen darzulegen, unter denen ein städtischer Fonds eingerichtet werden kann, aus dem die Gebühren für Kurse mit diesem Ziel vorgestreckt werden. Diese Regelung soll auf Förderangebote beschränkt bleiben, die von den Krankenkassen vollständig oder z.T. refinanziert werden.
3. Hierbei ist darzustellen:
 - Formale Rahmenbedingungen
 - Finanzbedarf
 - Möglichkeiten zur Deckung von Ausfallrisiken.

- einstimmig -

Zu Punkt A 11

Entgeltspflicht von Mitgliedsvereinen im Stadtsportbund bei fehlendem Nachweis der Gemeinnützigkeit

Herr Bockermann berichtet, dass sich die Arbeitsgruppe Sportförderungsrichtlinien entsprechend des Auftrages aus der letzten Sitzung des Schul- und Sportausschusses heute noch einmal getroffen hat, um die Problematik erneut zu diskutieren und das weitere Vorgehen festzulegen.

Die Arbeitsgruppe hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, das beschlossene Verfahren nicht zu ändern und weiter entsprechend der Richtlinien und der Entgeltordnung zu verfahren. Die Verwaltung ist beauftragt worden, mit den betroffenen Vereinen Kontakt aufzunehmen und unter Beteiligung des Stadtsportbundes eine sozialverträgliche Abwicklung der finanziellen Forderungen abzusprechen.

Zu Punkt A 12

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Kein Bericht.

B. Schule

Zu Punkt B 1 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung Schule des Schul- und Sportausschusses am 19.08.2008 – Nr. 40/2008

Beschluss:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung Schule des Schul- und Sportausschusses am 19.08.2008 wird genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt B 2 Mitteilungen

OGS-Ferienangebote 2008/2009

Den Ausschussmitgliedern wird das aktuelle Programm für die OGS-Ferienangebote des Schuljahres 2008/2009 ausgehändigt.

Herr Müller verliest die Email einer Mutter eines OGS-Kindes als eine äußerst positive Rückmeldung auf das neu erschienene Programmheft.

Geplante Errichtung einer Gesamtschule in der Stadt Bad Salzuflen

Herr Müller berichtet, dass die Stadt Bad Salzuflen die Schulverwaltung der Stadt Bielefeld über die geplante Errichtung einer Gesamtschule durch Umwandlung im Schulzentrum Aspe informiert und um Stellungnahme im Rahmen der abzustimmenden Schulentwicklungsplanung gebeten hat. Eine Stellungnahme der Bezirksregierung Detmold als zuständiger Genehmigungsbehörde für das Vorhaben steht noch aus.

Zu Punkt B 3 Anfragen

Mündliche Anfrage von Herrn Kranzmann zum aktuellen Stand der Maßnahmen am Max-Planck-Gymnasium

Herr Kranzmann bittet um einen Bericht zum aktuellen Stand der Maßnahmen am Max-Planck-Gymnasium.

Die Verwaltung sagt zu, den Ausschuss auf dem Laufenden zu halten.

Zu Punkt B 4 Anträge

keine Anträge

Zu Punkt B 5

AO-SF-Verfahren für das Schuljahr 2008/09 und Zurückstellung noch nicht schulfähiger Kinder

Den Ausschussmitgliedern wird eine vom Schulamt für die Stadt Bielefeld erstellte Übersicht über die AO-SF-Verfahren der letzten vier Schuljahre vorgelegt.

Da kein Vertreter des Schulamtes für die Stadt Bielefeld den Termin der heutigen Sitzung wahrnehmen konnte, erläutert Herr Müller die Übersicht.

Im letzten Schuljahr 2007/08 wurden insgesamt 345 AO-SF-Verfahren durchgeführt. Bei 264 Kindern wurde ein Förderbedarf, bei 81 Kindern wurde kein Förderbedarf festgestellt. Von den 264 Kindern mit Förderbedarf waren 132 Kinder Schulanfänger (50 %); 98 Kinder hatten einen Migrationshintergrund (37 %), 166 Kinder hatten keinen Migrationshintergrund (63 %). Die Auswertung der Migration erfolgte nach dem Merkmal „Erstsprache“.

Frau Dr. Schulze fragt nach der Gesamtzahl der Kinder mit Migrationshintergrund in den Grundschulen, um die Quote der förderbedürftigen Kinder mit Migrationshintergrund entsprechend einordnen zu können. Herr Müller berichtet, dass die amtliche Schulstatistik nach Staatsangehörigkeit, nicht nach dem Kriterium „Erstsprache“ aufschlüsselt, so dass hier unterschiedliche Datensätze existieren. Er erklärt aber, dass aus den bisherigen Erfahrungswerten die Quote der Kinder mit Migrationshintergrund bezogen auf die Gesamtschülerzahl über 35 % liegt und damit die Quote der förderbedürftigen Kinder mit Migrationshintergrund von 37 % bezogen auf die gesamten AO-SF-Fälle wohl eher unterdurchschnittlich sei.

Zur Zahl der Zurückstellungen schulpflichtiger, aber nicht schulfähiger Kinder berichtet Herr Müller, dass nach einer Abfrage bei den Grundschulen, von denen bislang von zwei Schulen keine Rückmeldungen vorliegen, insgesamt 46 Kinder vom Schulbesuch zurückgestellt wurden. Unter Einrechnung der zwei Schulen, die noch nicht geantwortet haben, liege die Zahl damit bei voraussichtlich etwa 50 zurückgestellter Kinder. Dies entspricht einer Quote von etwa 2 % bezogen auf die Gesamtzahl der einzuschulenden Schulanfänger. Aufgrund fehlender Vergleichswerte anderer Städte kann kein interkommunaler Vergleich angestellt werden. Vergleichswerte von Vorjahren können ebenfalls nicht herangezogen werden.

Aus Sicht von Frau Dr. Schulze sollten die Kinder im Jahr ihrer Zurückstellung entsprechende Fördermöglichkeiten nutzen, um die Schulfähigkeit zu verbessern bzw. zu erlangen. Herr Müller betont, dass es keine rechtliche Grundlage gibt, Kinder zur Teilnahme an Förderangeboten zu verpflichten. Die Verwaltung habe aber das Problem erkannt und werde gemeinsam mit dem Schulamt nach Lösungen suchen. Nach Ansicht von Herrn Krieg solle das Schulamt für die Stadt Bielefeld mit dem Gesundheitsamt entsprechende konzeptionelle Lösungen entwickeln.

Zu Punkt B 6

Neue Ganztagsoffensive des Landes für Sek. I-Schulen; Sachstand

und Fahrplan

Herr Müller erklärt, dass der Tagesordnungspunkt auf Wunsch des Ausschusses aus der letzten Sitzung auf die heutige Tagesordnung gesetzt wurde.

Die Verwaltung hat bereits in der letzten Sitzung am 19.08.2008 ausführlich zum Thema und zum weiteren Verfahren berichtet.

Herr Müller berichtet ergänzend, dass in den letzten vier Wochen die Schulverwaltung und der ISB gemeinsam bei allen Realschulen und Gymnasien Ortstermine durchgeführt haben, um hinsichtlich der investiven Maßnahmen zur Umsetzung der pädagogischen Übermittagsbetreuung sowie des gebundenen Ganztags die Bedarfe und Erwartungen der Schulen zu besprechen und die Möglichkeiten zu prüfen und zu erörtern, um darauf basierend zu Kostenschätzungen zu kommen.

Als erstes Ergebnis der Ortstermine und Besprechungen mit den Schulen kann festgehalten werden, dass die Schulen durchaus realistische und nicht überzogene Vorstellungen artikuliert haben. Die Bedarfe für das Mittagessen beziehen sich vor allem auf die Jahrgangsstufe 5 bis 7; die angenommenen Teilnehmerquoten am Mittagessen erscheinen aus bisherigen Erfahrungen heraus realistisch. Am 19.09.2008 wird das weitere Verfahren zwischen der Schulverwaltung und dem ISB besprochen werden.

Die Gymnasien sind am 24.09.2008 bei der Bezirksregierung Detmold zu einem Workshop eingeladen, um über die Möglichkeiten des Ganztags zu diskutieren.

Zur weiteren Finanzierung des Programms verweist Herr Müller auf einen Pressebericht vom Wochenende, in der die Bundesbildungsministerin Schavan zitiert wird, dass eine Verlängerung des Ende 2009 auslaufenden Ganztagsprogramms angestrebt werde.

Den weiteren Fahrplan erläutern Herr Löseke und Herr Müller wie folgt :

28.10.2008 Schul- und Sportausschuss

11.11.2008 Finanz- und Personalausschuss

20.11.2008 Rat der Stadt

(ggf. Beratungen auch in den Bezirksvertretungen sowie im Jugendhilfeausschuss)

2.2000.935000.4.003 zur Ausstattung städtischer Schulen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5781/2004-2009

Beschluss:

Der Schul- und Sportausschuss gibt aus der HHST 2.2000.935000.4.003 folgende Mittel zur Ausstattung von Schulen frei:

- | | |
|---------------------------------|-------------|
| • Grundschule Brake | 5.000,00 € |
| • Diesterwegschule, Grundschule | 3.200,00 € |
| • Gymnasium Heepen | 23.366,00 € |
| • Comeniuschule, Förderschule | 3.000,00 € |

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt B 8

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

kein Bericht